

Dresdner Volkszeitung

Hauptschiff: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. Arnold, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt.

Zeitungspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schiffleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbe Spalte 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die halbe Spalte 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 60 Pf.

Nr. 18

Dresden, Sonnabend den 21. Januar 1922

33. Jahrg.

Berständigungsbemühungen des D. E. V.

Die Bezirksleitung Sachsen und die Dresden-Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind nach Kräften bemüht, den drohenden Ausbruch eines Eisenbahnstreiks in Sachsen zu verhindern, das sächsische Volk und Wirtschaftsleben vor den schweren Schädigungen eines solchen Kampfes zu bewahren und den Eisenbahnern auf dem Verhandlungswege zur Erfüllung ihrer berechtigten Ansprüche zu verhelfen.

Gestern abend haben bis in die späten Nachtstunden hinein die verantwortlichen Funktionäre der Ortsgruppe Dresden des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die den erweiterten Vorstand vorberufen, zu der Lage Stellung genommen. An der Sitzung nahmen auch führende auswärtige Mitglieder teil. Der Ernst der Situation wurde von allen Mitgliedern im Hinblick auf die allgemein ungenügenden Zugeständnisse der Reichsregierung nicht verkannt. Es wurde aber auch weiterhin von den Mitgliedern des Vorstandes unabweislich zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen des Betriebsdienstes in ihrer über großen Mehrheit nicht gewillt seien, in den Ausstand zu treten, so lange die Organisation nicht dazu auffordert. Die Organisation, d. h. also der Deutsche Eisenbahnerverband, sieht sich gezwungen, noch eifriger Prüfung aller Verhältnisse die Bewegung als eine wilde zu bezeichnen. Nachts 1 Uhr wurde von der Sitzung die folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes sind nach Entgegennahme der Berichte über die Sitzungen der einzelnen Betriebsvereine zu dem Entschluß gekommen, daß unter diesen Umständen den Beschlüssen des Hauptvorstandes (von einem Streik abzusehen, D. Red.) zu entsprechen ist. Sie erwarten vom Hauptverband mit Sicherheit, daß er im gegebenen Augenblicke die Mitglieder zum Entlassung aufrufen wird.“

Diese Entschließung wurde bei einer Stimmabstimmung gegen eine Stimme angenommen.

Die Meldung der Leipziger Nachrichten, daß in drei Betriebsversammlungen der Eisenbahner der Bahnhöfe Dresden-Hauptbahnhof, Dresden-Neustadt und der Werkstätten Dresden-Friedrichstadt am Freitag nachmittags mit großer Mehrheit der Eintritt in den Streik in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag um 12 Uhr beschlossen worden sei, entspricht noch unseren Erkundigungen nicht den Tatsachen. In der Betriebsversammlung der Friedrichstädter Werkstätten ist es

überhaupt zu keinem Beschluß gekommen. An einer Betriebsversammlung des Bahnhöfes Dresden-Hauptbahnhof nahmen von der 1800 Personen zählenden Belegschaft nur ungefähr 200 Personen teil, die natürlich nicht autorisiert sind, für die Gesamtbelegschaft irgend einen Streik zu beschließen. Auch in Dresden-Neustadt ist ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden.

Das Ultimatum, von dem in der gestrigen Verlautbarung der Streikleitung die Rede ist, wurde nicht an die Regierung gerichtet, sondern es ging mit der Bitte um Weigerung dem Hauptvorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu, der aber, um den guten Fortgang der Verhandlungen nicht zu föhren, diese Weiterleitung an die Regierung abgelehnt hat.

Die Bezirksleitung Sachsen des D. E. V. hat alles getan, um den Eisenbahner zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sie setzte sich mit dem Hauptvorstande brieflich und mündlich in Verbindung und betonte scharf das für den reifen Industriebezirk Sachsen gänzlich ungenügende Ergebnis der bisherigen Verhandlungen. Der Hauptvorstand hat daraufhin die augenblickliche Lage genau geschildert und besonders darauf hingewiesen, daß das Reichsverkehrsministerium ernsthaft hat, nicht nur für die teuren Großstädte, sondern auch für die kleinen Orte, wo nachgewiesen wird, daß die Löhne der Privatindustrie höher sind, ausreichende Ubertreibungen für die Ubertourierungszuschläge, die am 23. Januar für das besetzte Gebiet beglitten, werden auch durch drei sächsische Vertreter mit geführt werden.

Aus dieser Sachlage ergibt sich nun, daß alle Schritte zur Befreiung der Kollage der Eisenbahner eingeleitet worden sind, so daß der Eintritt in einen Kampf auch den Eisenbahnern selbst zur Zeit viel mehr schaden als nutzen würde. In einem Flugblatt des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird es als eine Wahnsinnstat bezeichnet, „wenn jetzt die Kollegen sich zu Teilstreiks hinreißen lassen würden, die wir nicht in die Hand nehmen können, da wir erstens das unbedingt erforderliche Material noch nicht vollständig erhalten haben und zweitens inzwischen die Verhandlungen beglitten.“ — Wir können nur wünschen und hoffen, daß die Bemühungen der Organisationsleitung, die äufertigste Tätigkeit auf friedlicher Weise auszuüben und auf dem Verhandlungswege den Eisenbahnern zu ihrem Rechte zu verhelfen, von Erfolg gekrönt sein mögen.

Klassendifferenzierung und Einigungsfrage

Soweit wir die sozialdemokratische Parteipresse übersehen konnten, war sie in ihren Betrachtungen des beruflichen unabhängigen Parteitagess der Auffassung, daß die U. S. P. auf der Leipziger Tagung einen verführlicheren Ton gegen die S. P. D. anschlug, als bisher, und daß sie die Einigungsfrage wenigstens keine neuen Hindernisse in den Weg gestellt hat. Etwas verspätet meldet sich jetzt auch die Neue Zeit in der Sache zum Wort und bringt einen Artikel des Genossen Cunow mit der Überschrift „Einheitsfront-Illusionen“. Cunow sagt darin: „Daß die Zusammenfassung aller sogenannten proletarischen Parteien, von den mildesten kommunistischen Radikalfistis bis zur Mehrheitssozialdemokratie, zu einer großen Einheitsfront möglich ist, vermag nach meiner Ansicht nur ein politischer Phantast anzunehmen. Möglich ist nur — das Wort möglich im Sinne der „realen Möglichkeit“ Hegels genommen — eine Vereinigung der S. P. D. mit der U. S. P. D., und zwar auch nicht mit der ganzen U. S. P. D., sondern nur mit deren rechtem Flügel.“

Wir wissen nicht, auf welche Parteiblätter Genosse Cunow mit diesem Aufsatz zielt, denn wir haben im Blätterwalde der S. P. D. davon nichts rauschen hören, daß man in unsern Reihen an eine Einigung aller sozialistischen Lager glaubt, sondern es herrscht bei uns die bisher unbestrittene Auffassung, daß zwischen der Diktaturfassung der Kommunisten und dem demokratischen Bekenntnis der Sozialdemokratie ein Kompromiß nicht möglich ist. Dagegen huldigt der überwiegende Teil der Parteipresse allerdings der Auffassung, daß die zwischen U. S. P. und S. P. D. stehenden Gegensätze nicht mehr stark genug sind, um auf die Dauer das Nebeneinanderbestehen zweier sozialdemokratischer Parteien zu rechtfertigen. Doch auch diese Auffassung hält Cunow für eine Illusion. Als ein Hauptgrund, der ihm das Bestehen zweier sozialdemokratischer Parteien nötig macht, scheint ihm die sogenannte Klassendifferenzierung der untersten Schichten. Die alte Sozialdemokratie ist seiner Ansicht nach

„aus einer engen Klassenpartei mehr und mehr zu einer die verschiedenartigsten Volkselemente umfassenden Klassenorganisation geworden, die neben industriellen Arbeitern auch viele Landarbeiter und Angestellte, Kleinhandwerker und Kleinrentner, Beamte und Intellektuelle aller Art umfaßt; und diese Angehörigen haben neben gewissen gemeinsamen politischen Interessen, die auch eine verhältnismäßige Stellungnahme zu den heutigen wirtschaftlichen Teilproblemen bedingen, die Verfestigung der einstigen einheitlichen Sozialdemokratie in verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Gruppen, in welchen diese Gruppen auch nicht nach reinen Klasseninteressen geschieden haben und das Festhalten an bestimmten Ideologien dabei eine wichtige Rolle spielen, doch in der Hauptsache nichts anderes als eine Folge der in der Arbeiterklasse der Sozialdemokratie vor sich gegangenen Klassendifferenzierung.“

Dieser Gesichtspunkt hat in einer Parteibildungsdebatte schon einmal eine Rolle gespielt. Sie ist noch gar nicht so lange herüber und beschäftigt sich mit dem ersten Entwurf unseres neuen Parteiprogramms. Auch damals ist uns Cunow schuldig geblieben, zu sagen, worin denn nun eigentlich diese Klassendifferenzierung innerhalb jener untersten Schichten der Sozialdemokratie besteht. Hermann Wendel sagt zu der Cunowschen Erklärung in der Mode ganz richtig: „Von einer „Klassendifferenzierung“ innerhalb der Arbeiterklasse schwafelten die Marxisten besonders gern, und auch früher setzten sich die Wähler und Anhänger der Partei keineswegs nur aus Handarbeitern zusammen, sondern ebenso aus kleinen Krämer und Kräutern, aus Beamten und Kopparbeitern sonst, aber wech damals mit dieser „Klassendifferenzierung“ die Notwendigkeit einer Zerlegung der Sozialdemokratie in mehrere Parteien begründet hätte, dem wäre wohl der Rat begegnet, sich von seinem Erschöpfungszustand erst einmal ein bißchen auszuruhen.“

Schließlich haben ja auch die Unabhängigen in ihren Reihen Landarbeiter und Angestellte, Kleinhandwerker und Kleinrentner, Beamte und Intellektuelle aller Art. Die Erfahrungen haben offen denen, die mitten im Parteilieben stehen, mehrfach bewiesen, daß gerade die aus Beamten- und Intellektuellenkreisen zu uns gestohlenen Anhänger sich auf sehr radikale Anschauungen und Forderungen fahrigieren. Wer die Auffassung vertritt, daß die angebliche Klassendifferenzierung innerhalb sozialdemokratischer Schichten uns zu einer ganz bestimmten Politik verpflichtet, der müßte das allen Dingen einmal erklären, was er darunter meint. Sind das real begründete und nicht etwa falsch verstandene Interessen, die sich hier innerhalb der untersten Schichten geltend machen? Oder meint Cunow althergebrachte Auffassungen, die sich mit dem entschiedenen Bekenntnis zum Sozialismus nicht vertragen? Im ersten Falle ist es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Sozialdemokratie, die Anhänger falscherstandener proletarischer Klasseninteressen in ihren Reihen entsprechend aufzuklären, wie es sich im zweiten

England winkt ab

London, 20. Januar. Zur Behauptung Voinarows, daß man besagt sein werde zu erklären, der Termin für die Ausräumung des linken Rheinstroms habe noch nicht zu laufen begonnen, wird im Restartikel des Daily Chronicle betont, dies sei eine Ansicht, die Großbritannien auch nicht für einen Augenblick gelten lassen könne, am allerwenigsten angesichts der logischen Haltung der Berliner Regierung gegenüber dem Friedensvertrag, seitdem Dr. Witts an ihre Spitze getreten sei. Der Pariser Sonderberichterstatter des Blattes meint, es ist nicht an politischen Anknüpfungen, die bereits jetzt dem baldigen Ableben des Kabinetts Voinarow sprechen. Die zahlreichen Reden Voinarows in der Kammer beschäftigten sich bereits mit seiner politischen Grabrede, die nach ihrer Ansicht lauten müßte: Gewogen und zu leicht gefunden.

Die Koalition geklärt

London, 20. Januar. Chamberlain trat in einer gestern gehaltenen Rede für die Koalition ein und sagte: Großbritannien habe sich erneut als die Waise erwiesen, um die sich Europa drehe. Die Stabilität Englands sei die größte Hoffnung Europas. Lord George habe heute in Europa den größten Einfluß. Er werde die für den Frieden Europas an. Die höchste Aufgabe der Koalition sei, die Harmonie unter den Mächten aufrechtzuerhalten und hauptsächlich Frankreich zu helfen, das das größte Opfer und der größte Held des letzten Krieges war. Großbritannien müsse seine alte Freundschaft mit Japan aufrechterhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln enger Beziehungen mit den Vereinigten Staaten erstreben. Der Friede in Europa sei noch nicht gesichert. Die Welt sei noch tief erschüttert. Für ein Werk, das noch nicht beendet sei, brauche man mehr als engbeschränkten Vorkampf. Das Bündnis mit den Liberalen würde nicht gebrochen werden. Chamberlain erklärte weiter, die Reform des Oberhauses müsse durchgeführt werden. Ferner greift er die Arbeiterpartei an, indem er sagt, sie kämpfe gegen die Grundlagen der sozialen Ordnung, habe die Autorität des Parlamentes angegriffen und sei für eine direkte Aktion eingetreten. Sie werde das auch zukünftig tun. Dazu erklärte Chamberlain: Wir wollen keine russische Führung in unsern Einrichtungen.

Krawallszene im Budapest Parlament

Budapest, 20. Januar. Im Budapest Parlament, das vor der Auflösung steht, haben sich große Krawallszene ereignet. Die Opposition ist gegen den Präsidenten Csak sehr erbittert, weil er wiederholt in den letzten parlamentarischen Debatten den Präsidenten verläßt und als Abgeordneter der Regierungspartei die Opposition scharf kritisiert hatte. Heute kam es zu einem aufregenden Zwischenfall. Der Abgeordnete Szilagi sprach als oppositioneller Dauerredner vor- und nachmittags und wurde dabei wiederholt vom Prä-

sidenten zur Ordnung verwiesen. In der Erregung ging er schließlich mit gezogenem Revolver auf den Präsidenten Csak los und bedrohte ihn. Es gelang bekommenen Abgeordneten, den Zwischenfall zu beenden, worauf eine geheime Sitzung abgehalten wurde.

Ein deutsch-tschechischer Justizvertrag

Wien, 20. Januar. Auf Grund der vom Justizminister mit Vertretern des Tschechischen Reiches geschlossenen Verhandlungen wurde heute im Ministerium des Auswärtigen der Vertrag und das Rechtsabkommen über die Rechtshilfe in Zivilsachen unterzeichnet. Dergleichen gelangte man zu einem Uebereinkommen in der Frage der gegenseitigen Vollstreckbarkeit gerichtlicher Urteile in Zivilsachen.

Die Wahlrechtung des ungarischen Volkes

Wien, 21. Januar. Die Wahlreform des Grafen Weissler besteht in der vollständigen Entschärfung des Wahlrechts sowohl bei industriellen wie auch bei landwirtschaftlichen und in einer der Abschaffung notwendiger Einkünftebeschränkung des Frauenwahlrechts. Das Wahlrecht der Männer soll an die Bedingungen des Mindestalters von 24 Jahren geknüpft werden, weiterhin an eine zweijährige Erbschaftssteuer und der Abschaffung von vier Volksschuljahren. Die Frauen sollen das Wahlrecht erst erhalten, wenn sie 30 Jahre alt sind und — mindestens drei eheliche Kinder haben, von denen das jüngste 6 Jahre alt sein müßte. Die Ausübung des Wahlrechts soll nur in den Städten geheim, auf dem ländlichen Lande überall aber öffentlich sein, natürlich, um jede oppositionelle Wahl des Landproletariats zu verhindern.

Der Papst im Sterben

Rom, 21. Januar. Der Papst liegt im Sterben. Sein Ableben wird für heute erwartet. Am Donnerstag, 7½ Uhr empfing er die Sterbesakramente. Die in Rom anwesenden Kardinäle sind im Vorzimmer verblieben.

Rom, 20. Januar. Wegen der Verschlimmerung im Befinden des Papstes wurde der Professor Signami um 5 Uhr früh eilig herbeigerufen. Im Krankenbericht steht es: Seine Heiligkeit ist seit vier Tagen an einer Bronchitis im Zusammenhang mit Grippe erkrankt. Gestern abend wurde festgestellt, daß sich die Entzündung auf den rechten Flügel ausgedehnt hat. Die Nacht verbrachte der Papst schlaflos. Heute früh war die Temperatur 38, der Puls 102, die Atmung 28. Die Angehörigen des Papstes befinden sich am Krankenlager.

Seite 10
Kugeln...
Ankamp...
Deutschland über...
Wissen...
ke...
he mit...
Ne 18...
elle...
Baden...
st...
Krawallszene...
mautstr...
g Nr. 2.